



CARITAS-KAMPAGNE 2024

„Frieden beginnt bei mir“

„Frieden ist nichts, was ein für alle Mal da ist. Er muss immer wieder neu erworben und abgesichert werden“, erklärte Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa beim Auftakt der Caritas-Jahreskampagne in Leipzig. „Frieden beginnt bei mir“ lautet deren Titel und ist verknüpft mit der Zusage: „Auch in unfriedlichen Zeiten ist es möglich und dringlich nötig, zum Frieden anzustiften.“

Was jeder und jede dazu beitragen kann und was es für Versöhnung braucht, will die Caritas mit ihrer Kampagne

zeigen. Dazu stellt sie soziale Projekte und Angebote in den Mittelpunkt, die einen Beitrag zum Frieden leisten. Denn: „Frieden braucht mehr und ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt“, so Welskop-Deffaa. Verantwortung für Frieden beginne bei mir und dir, sie nehme ihren Anfang täglich neu im Hier und Heute, so die Caritas-Präsidentin: „Wider die Globalisierung der Gleichgültigkeit braucht es ein solidarisches ‚Wir‘.“

Mit Blick auf polarisierende Debatten und spaltende Verhaltensweisen in der Gesellschaft unterstrich Welskop-Deffaa: „Friedensstifterin ist die Caritas da, wo sie in Familienberatungsstellen, Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete oder Bahnhofsmissionen Konfliktpotenziale abbaut. Aber auch in unserer politischen Arbeit geht es darum, Brücken zu bauen, Kompromisse zu ermöglichen und Brandstiftern das Handwerk zu legen.“

Frieden stiftendes Tun hat viele Gesichter

„Frieden stiftendes Tun hat viele Gesichter“, betonte die Caritas-Präsidentin. Viele Menschen in den bundesweit 25000 Einrichtungen der Caritas setzen sich für ein friedliches Miteinander ein. So zum Beispiel bei Patenprogrammen für geflüchtete Kinder, die oft von ehrenamtlich Engagierten getragen werden. Frieden stiftend kann auch die gute Betreuung am Anfang und am Ende des Lebens sein, die Entlastung von überforderten pflegenden Angehörigen oder der politische Einsatz für eine verlässliche Finanzierung des Sozialen. Mit besonderer Kompetenz engagiert sich die verbandliche Caritas international in Katastrophen- und Konfliktregionen, beispielsweise mit Hilfsangeboten in der Ukraine oder für Angehörige von verschwundenen Menschen in Kolumbien.

Zum Start seiner bundesweiten Kampagne verdeutlichte der Caritasverband an mehreren Orten, wie vielfältig die Friedensarbeit sein kann. In der Caritas-Kita Don Bosco in Solingen zeigte das aus der „Sendung mit der Maus“ bekannte Schauspielerduo Fug und Janina das für den Caritasverband im Erzbistum Köln entwickelte interaktive Theaterstück „Katze und Hund, na und?“, bei dem die Bewältigung von Konflikten im Vordergrund steht.

In den Spiegel schauen

Im Laufe des Jahres will die Caritas-Kampagne mit Aktionen an vielen Standorten die eigenen Träger, haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende ebenso wie Kooperationspartner, befreundete Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger dazu bringen, ihren Beitrag zum Frieden zu reflektieren.

Im öffentlichen Raum aufgestellte, mit dem Kampagnemotto „Frieden beginnt bei mir“ versehene Spiegel laden dazu ein. Auch in den Einrichtungen des Caritasverbandes werden die vorhandenen Spiegelflächen, etwa in Badezimmern oder Umkleiden, für die Friedensstifter-Ermutigung genutzt. 

www.caritas.de/frieden

AUSGABE JANUAR 2024

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

 caritas-nrw.de/nachrichten
 facebook.de/caritas_in_NRW
 redaktion@caritas-nrw.de



Foto: Deutscher Caritasverband | Harald Oppitz, KNA

NEUE EHRENAMTSSTUDIE

Freiwilliges Engagement stärkt Zusammenhalt

Soziales Ehrenamt dient dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Das synergetische Miteinander von Ehrenamtlichen und beruflich Tätigen nutzt dem Sozialstaat. Das sind zentrale Ergebnisse einer neuen Ehrenamtsstudie, die kürzlich im Rahmen einer Online-Fachtagung der Caritas in NRW vorgestellt wurde.

Das **Ehrenamtsportal** der Caritas in NRW finden Sie unter www.caritas-ehrenamtsportal.de

Studienleiter Carsten Wippermann, Professor für Soziologie und Leiter des DELTA-Instituts für Sozial- und Ökologieforschung, erläuterte vor über 100 Teilnehmenden, dass freiwillig Engagierte und berufliche Kräfte in der Leistungserbringung für Menschen mit Hilfe- und Unterstützungsbedarf „zwingend aufeinander angewiesen“ seien. Beide Gruppen stünden in einem asymmetrischen Beziehungsverhältnis in Bezug auf Dienstpflichten, Freiheitsgrade, Fachkenntnisse, Erfahrungen, Zeit, Flexibilität, Spontaneität, Reagibilität, Netzwerke. Diese mehrfach asymmetrische Kompetenz von hauptberuflich Tätigen und ehrenamtlich Engagierten sei für das Gelingen des synergetischen Zusammenwirkens von hoher Bedeutung. Der Soziologe betonte, dass ein hierarchisches Verständnis beim Miteinander von Haupt- und Ehrenamt nicht mehr zukunftsfähig sei.

freiwillig Engagierten hin: Sozialer Zusammenhalt werde nachhaltig gestärkt und sei für Frieden und Demokratie von elementarer Bedeutung. Wippermann warnte vor restaurativen und neoliberalen Strömungen in Politik und Gesellschaft, die Notleidenden selbst die Schuld an ihrer Situation zuschreiben.

Kommunikation in Teams

Zweites Thema auf der Online-Fachtagung der Caritas in NRW war „Psychologische Sicherheit - Erfolgreiche ehrenamtliche und hauptamtliche Teams“. Die Kommunikationstrainerin Bea Paessler forderte zur aktiven Teilnahme auf: „Wer sich in Teamgesprächen unsicher fühlt, schweigt!“ Und doch werde viel zu oft Schweigen mit Zustimmung verwechselt. Viele hätten Bedenken, die sie nicht äußerten, um nicht negativ aufzufallen. Psychologische Sicherheit, so die ausgebildete Mediatorin, bedeute, eine Atmosphäre zu schaffen, in der man sich frei, ohne Angst vor etwaigen Konsequenzen äußern dürfe. Paessler betonte, methodisch solle man Menschen zur Mitwirkung einladen, indem man eigene Schwächen offen darlege und genügend Raum zur Reaktion für alle Teilnehmenden gebe. Diese Sicherheit stehe und falle mit der ersten Reaktion auf Äußerungen, erklärte sie. Indem man zuhöre, das Gesagte in eigenen Worten wiederhole und wertschätzend mit der Meinung anderer umgehe, könne ein geschützter Rahmen aufgebaut werden. „Vertrauen“, so Paessler, „ist der Schlüssel für erfolgreiche Zusammenarbeit.“

BIRGIT PERSCH-KLEIN

Hinweis: Die Studie „CoProduktion von freiwillig Engagierten und beruflich Tätigen in der freien Wohlfahrtspflege“ wurde im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes erstellt.

www.caritas-ehrenamtsportal.de

Kölns Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel bekräftigte in seinem Grußwort die Bedeutung der Begegnung auf Augenhöhe zwischen haupt- und ehrenamtlich Engagierten. Die Caritas in NRW ist mit ihrem Ehrenamtskonzept „win win für Alle!“ und dem Basiskurs Ehrenamtskoordination bereits gut aufgestellt. Denn freiwilliges und berufliches Engagement sind nach Erkenntnissen von Prof. Wippermann untrennbar. Gleichzeitig benötige das Ehrenamt (mehr) Hauptamt. Damit meinte er, dass hauptamtlich Tätigen mehr Raum für Einführung und Begleitung von freiwillig Engagierten zugestanden werden müsse, damit die eigentliche Zielsetzung gelingen könne. Und das habe Konsequenzen für die Personalausstattung in den Verbänden. „Zeit ist das elementar knappe Gut“, unterstrich Wippermann.

Der Wissenschaftler wies ausdrücklich auf den gesellschaftlichen Mehrwert des gemeinsamen Handelns von beruflich und

KOMMENTAR

EHRENAMT

Gesamtverbandliche Aufgabe

Nun liegen die Ergebnisse der Studie auf dem Tisch. Gut ist, dass viele neuralgische Aspekte auf den Punkt gebracht wurden. Aber welche Aufgaben ergeben sich daraus für die Caritas und ihre Einrichtungen?

Sicher ist: Unsere Arbeit ist nicht denkbar ohne die vielen Menschen, die sich unentgeltlich und solidarisch engagieren. Dazu braucht es Ansprechpersonen mit Zeit, Strukturen, gute Rahmenbedingungen, Partizipation und zuvorderst den Willen, ehrenamtlich Engagierte ebenso als elementaren Teil zu betrachten, wie es auch die Hauptberuflichen sind.

Damit das gelingen kann, sollte das Thema „Engagement“ in der Ausbildung von Führungskräften etabliert werden. Es ist aber auch nicht ausschließlich Führungsaufgabe. Ehrenamt ist eine gesamtverbandliche Aufgabe, die von allen hauptamtlichen Mitarbeitenden getragen und auf allen Ebenen gewollt sein muss, damit wir weiterhin diesen gesellschaftlich wichtigen Aspekt gut tragen und als wesentlichen Identitätsfaktor unserer Verbände gestalten können.

HEIDI BAUMSTEIGER,

DIÖZESAN-CARITASVERBAND AACHEN

hbaumsteiger@caritas-ac.de

Zukunft mit jungen Geflüchteten

Auch das ist eine Frage von Frieden und Zukunft: Wie geht unsere Gesellschaft mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen um?

Wenn wir ernsthaft etwas für den Frieden in unserem Land und für eine lebenswerte Zukunft tun wollen, müssen wir uns besser um die UMA oder UmF kümmern, die unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen beziehungsweise Flüchtlinge. Heute stehen wir an einer bedeutenden Wegkreuzung: Wir können unbegleitete minderjährige Flüchtlinge behandeln wie ungewollte Eindringlinge, die so schnell wie möglich wieder weggehen sollen (egal wohin), um uns nicht weiter Arbeit und Ärger zu machen. Oder wir können sie als wertvolle junge Individuen in einer bedeutenden Entwicklungsphase ansehen, in der sie noch viel lernen können, und sie in unsere Gesellschaft aufnehmen, weil es hier eine Zukunft gibt. Es ist durchaus auch in unserem eigenen Interesse, denn die jungen Menschen können mit Sprachförderung, Bildung und Ausbildung ein Teil der Lösung des Fachkräfteproblems werden. Behandeln wir sie jedoch wie Menschen zweiter Klasse, müssen wir uns nicht wundern, wenn Frust und Perspektivlosigkeit zur Eskalation von Konflikten beitragen.

Wir haben die Wahl.

Die Herausforderung: Aktuell (Stand: Dezember 2023) halten sich 40 000 unbegleitete jugendliche Geflüchtete in Deutschland auf. Die Jugendhilfe ist durch eine Häufung von Aufgaben an ihren Grenzen. Seit Monaten kommen jedoch deutlich mehr neue UmF zu uns, die nach Einreise und Feststellung

ihrer Minderjährigkeit in Obhut zu nehmen sind, so schreibt es das SGB VIII vor. Danach kommen ein Clearingverfahren, die Bestellung eines Vormunds, gegebenenfalls eine Umverteilung in Deutschland und die Unterbringung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Doch fehlen in den Jugendämtern Fachkräfte, genau wie in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe - für die unbegleiteten Minderjährigen gibt es zu wenig freie Plätze. Die Akteur*innen suchen verzweifelt nach Lösungen: Bundesweit werden Unterbringungs- und Personalstandards abgesenkt, Brückenlösungen geschaffen und Möglichkeiten außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe zur Abwendung von Obdachlosigkeit genutzt. Diese temporären Kompromisse sind schmerzhaft für die Helfenden und für die jungen Menschen, die sich in unserem wohlhabenden Land als Menschen zweiter Klasse fühlen.

Nun werden in den Kommunen und auf Länderebene Forderungen laut, die UmF ab 14 oder 16 Jahren in Gemeinschaftsunterkünften nur mit dem Nötigsten zu versorgen und ihnen die Leistungen des SGB VIII vorzuenthalten. Diese Entwicklung ist der falsche Weg! Es darf nicht geschehen, dass die Engpässe dieser Zeit dazu missbraucht werden, unsere humanitären und christlichen Standards aufzugeben. ◀

KLAUS ESSER,

VORSITZENDER DES BUNDESVERBANDES

CARITAS KINDER- UND JUGENDHILFE (BVKE)

(ZUERST ERSCHIENEN IM MAGAZIN „NEUE CARITAS“ 1/2024)

✉ k.esser@bethanien-kinderdoerfer.de

ANTIDISKRIMINIERUNGSBERICHT

Meistens Rassismus

Die Antidiskriminierungsberatung unter dem Dach der Freien Wohlfahrtspflege in NRW ist dank Landesförderung zur bundesweit größten Struktur gegen Diskriminierung ausgebaut worden. 42 unabhängige Beratungsstellen beraten in 32 Städten und Kreisen in NRW Betroffene von Diskriminierung mit einem Fokus auf rassistische, antisemitische und religiöse Diskriminierung. Ihre Erfahrungen finden sich in einem gemeinsamen Jahresbericht.

Im Jahr 2022 wurden demnach 549 Beratungsfälle abgeschlossen. Der häufigste Beratungsanlass war mit 67,9 Prozent Rassismus, besonders häufig traten hierbei antimuslimischer und Anti-Schwarzer Rassismus auf. Auch die Staatsangehörigkeit und

der Aufenthaltsstatus waren in diesem Zusammenhang häufige Diskriminierungsgründe. Die Diskriminierungen mit Bezug zur Staatsangehörigkeit oder zu dem Aufenthaltsstatus fanden mit 41,5 Prozent überdurchschnittlich häufig in Behörden statt. Auch über alle Beratungsfälle hinweg hat das ADA.NRW-Netzwerk am häufigsten zu Diskriminierung durch die öffentliche Verwaltung und andere staatliche Stellen, insbesondere Schulen und Ausländerbehörden, beraten.

Juristische Unterstützung

Etwa ein Viertel der Beratungsfälle wurde von Fachkräften als relevant in Bezug auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

(AGG) eingeschätzt. Nur in 3,1 Prozent der Beratungsfälle kam es jedoch zu einem gerichtlichen Verfahren.

„Damit Betroffene auch wirklich vor Gericht gehen können, um ihre Rechte durchzusetzen, brauchen sie in der Praxis bessere Möglichkeiten zur effektiven Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Rechte“, sagt die Rechtsanwältin Zübeyde Duyar, die die Beratungsstellen begleitet. Sie mahnt insbesondere finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Anwalts- und Prozesskosten sowie die Gewinnung von mehr spezialisierten Rechtsanwält*innen an.

In Trägerschaft der Caritas in NRW befinden sich sieben Beratungsstellen gegen Diskriminierung, je zwei in den Erzbistümern Köln und Paderborn, je eine in den Bistümern Aachen, Essen und Münster. ▶

▶ www.ada.nrw

Wichtiger Schritt zum Ausbau der Beratungsnetzwerke

„Das war längst überfällig.“ Viele Teilnehmende formulierten es so oder ähnlich während der Fachtagung „Geschlechter in Krisen- (und Gewalt-) situationen – Facetten und Herausforderungen der geschlechtsspezifischen Beratung“. Als Gastgeberin hatte die Caritas in NRW in die Kommende Dortmund Frauen- und Männerberaterinnen und -berater, Mitarbeitende von Frauenhäusern und Gewaltschutzwohnungen und alle, die mit diesen Themen befasst sind, eingeladen.

Gekommen waren mehr als 50 Frauen und Männer aus ganz Nordrhein-Westfalen. Was die Fachtagung „längst überfällig“ machte, war die Zusammensetzung dieser Runde. Erstmals in NRW - wahrscheinlich sogar erstmals bundesweit - trafen Mitarbeitende der Caritas, des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) und des Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM), die in diesem Feld arbeiten, aufeinander. Sie sind teilweise schon seit Jahrzehnten in der Arbeit und leisten Unterstützung - nur eben die einen in der Männerarbeit, die anderen in der Beratung für Frauen.

Prominente Gastrednerin war die ehemalige Kölner Generalstaatsanwältin Elisabeth Auchter-Mainz. 2017 wurde sie Nordrhein-Westfalens erste Opferschutzbeauftragte, gab diese Aufgabe erst Anfang 2023 ab. Auchter-Mainz lieferte eine historische Einordnung der Krisen- und Gewaltentwicklung in Deutschland und bezog dabei Stellung zur heutigen Situation. „Sicher hat sich schon einiges getan, auch bei Polizei und Justiz. Aber es bedarf immer noch einer weiteren Sensibilisierung im Umgang mit Opfern. Natürlich gibt es heute mehr Fortbildungen und Schulungen, aber das reicht leider immer noch nicht aus.“

Mit diesen Informationen ging es in die erste von zwei Workshop-Runden, in denen die Teilnehmenden Themen und Fragen diskutierten. Zunächst lernte man sich kennen, tauschte sich über Aufgabengebiete aus und erarbeitete Schnittstellen und Gemeinsamkeiten. Schnell wurde deutlich, wie sehr die Teilnehmenden in ähnlichen Beratungssituationen unterwegs sind. Manches Aha-Gefühl wurde sichtbar. Teilweise wurde in den Pausen weitergearbeitet, so groß war der Austauschbedarf.

Genauso deutlich wurde im zweiten Teil aber auch, woran es bei den meisten

fehlt. Michaela Hofmann vom Diözesan-Caritasverband Köln brachte es auf den Punkt: „Wir brauchen mehr Geld, Zeit und Personal.“ Vor allem die finanzielle Ausgestaltung weg von der Projektfinanzierung, hin zur Regelfinanzierung ist ein entscheidender Faktor. So berichteten die Diplompsychologin Susanne Vogeley und der Krisen- und Gewaltberater Jonas Lemli (beide aus Münster) über ihre Tandemberatung im Schulungskonzept „Basiswissen Männergewalt“. Ein ungewöhnlicher Ansatz, der die Zuhörenden zu vielen Fragen motivierte. Nur eine Fortführung dieses Konzeptes wird es nicht geben - es war projektfinanziert.

Großer Diskussionsbedarf

Neben der auskömmlichen Regelfinanzierung der Beratungsstellen stand das Thema „Netzwerk“ auf der Agenda ganz oben. Alle Einrichtungen und Beratungsstellen sind gut vernetzt, allerdings noch zu selten geschlechtsübergreifend. Mit der Tagung wurde damit ein wichtiger Schritt getan.

Am Ende des Tages brachte es Moderator Tom Hegermann auf den Punkt: „So informativ und wichtig die Vorträge waren, eigentlich hätten die beiden Workshop-Runden ausgereicht. Schließlich gab es so viel zu besprechen und zu diskutieren.“



Moderator Tom Hegermann

führte durch die Veranstaltung, an der Markus Temmen, Marie-Luise Tigges, Elisabeth Auchter-Mainz, Kathrin Wiedemann, Monika Brüggenthies, Hülya Gökoz-Corsten, Michaela Hofmann, Susanne Vogeley, Andreas Moorkamp und Jonas Lemli (v. l.) beteiligt waren.

Foto: Cosack

Opferbetreuung

Besonders schutzbedürftige Verletzte haben seit 2017 einen Anspruch auf professionelle Begleitung und Betreuung während des gesamten Strafverfahrens, die sogenannte psychosoziale Prozessbegleitung. Die ehemalige Opferschutzbeauftragte Elisabeth Auchter-Mainz fordert diese Unterstützung grundsätzlich auch für Opfer häuslicher Gewalt. Die Betreuung der Opfer sei immens wichtig, weil die seelische Belastung extrem hoch sei.

Für dringend erforderlich hält die Juristin auch Fortbildungen und Schulungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften. „Opfer sind keine Beweismittel. Wir haben immer wieder zu hören bekommen, dass Betroffene zu wenig als Menschen wahrgenommen werden. Schon im Referendariat müssen angehende Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sensibilisiert werden.“ ◀

Die Befürchtung einer der Initiatorinnen der Tagung, Marie-Luise Tigges vom Diözesan-Caritasverband Paderborn, dass es vielleicht Konfliktpotenzial zwischen den beiden Gruppen geben könnte, erwies sich sehr schnell als völlig unbegründet. Im Gegenteil, unisono war die Meinung, dass solche Gespräche und Runden auf jeden Fall einer Fortsetzung bedürfen. „Ich bin begeistert“, so ihr Fazit, „wir haben uns intensiv ausgetauscht und viele gute Ideen entwickelt.“ Monika Brüggenthies vom Diözesan-Caritasverband Münster, ebenfalls an der Planung der Tagung beteiligt, ergänzte: „Es geht nur gemeinsam. Vielleicht erreichen wir dann mehr.“ ◀

MATTHIAS COSACK



Neuer Vorsitzender

Hartmut Krabs-Höhler (r.) ist neuer Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) Nordrhein-Westfalen. Der Vorstandsvorsitzende des DRK-Landesverbandes Nordrhein übernahm das Amt zum Jahreswechsel turnusgemäß vom Paritätischen NRW. Dessen Geschäftsführer Christian Woltering (l.) hatte den Vorsitz der LAG FW zwei Jahre inne. Krabs-Höhler wies auf Mittelkürzungen und knapper werdende Haushaltsmittel hin, versprach aber, dass die Freie Wohlfahrtspflege weiterhin konsequent für die Bürgerinnen und Bürger und Träger der Freien Wohlfahrt eintreten werde.

„Die Landesarbeitsgemeinschaft ist ein wichtiger Partner der Politik. Wir tragen maßgeblich zur Chancengleichheit und sozialen Stabilität im Land bei. Gemeinsam müssen wir Wege finden, die soziale Infrastruktur in NRW zu sichern“, betonte er. ⬅

„Absurd und unmenschlich“

Der katholische Sozialpfarrer Peter Kossen hat die Pläne rechtsextremer Kreise zu einer Vertreibung von Millionen Migrantinnen und Migranten aus der Bundesrepublik als absurd bezeichnet. Es werde der falsche Eindruck erweckt, als seien sie viel zu viele und insgesamt eine Überforderung, erklärte Kossen in Lengerich. In den nächsten 13 Jahren gingen 18 Millionen Menschen der sogenannten Babyboomer in den Ruhestand. Im selben Zeitraum würden elf Millionen Menschen volljährig. Da tue sich bei uns in diesen wenigen Jahren eine Lücke von sieben Millionen fehlenden Arbeitskräften auf. Aufgrund der Überalterung brauche Deutschland einen Nettozuzug von 400 000 Menschen jährlich, so Kossen.

„Unsere Wirtschaft geht in die Knie, wenn nicht mindestens so viele Menschen jedes Jahr neu zu uns kommen und bei uns bleiben.“ Es sei aber töricht und unmenschlich, Arbeitsmigrantinnen und -migranten auszubeuten, abzuzocken und zu verschleifen. ⬅ (KNA)

Absage an rechts

Hartmut Krabs-Höhler, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen, hat „ausgrenzendes, menschenfeindliches Verhalten und jede Form von Rassismus“ verurteilt. „Die Würde des Menschen ist der Kompass unseres Handelns. Vielfalt zu leben und sie zu gestalten, das ist die Aufgabe der Wohlfahrtsverbände in einer globalisierten Einwanderungsgesellschaft. Wir stehen fest an der Seite derer, die nach Deutschland migriert sind“, sagte Krabs-Höhler zu den Plänen einer massenhaften Ausweisung von Zugewanderten und Deutschen mit Migrationshintergrund, die nach Medienrecherchen auf einem Treffen von Rechtsextremen in Potsdam diskutiert wurden. ⬅



Breiten Raum nahm die Diskussion über die Gefährdung der Demokratie und Maßnahmen und Positionierung gegen rechts beim Spitzengespräch von Diözesan-Caritasdirektor*innen der Caritas in NRW und Landtagsabgeordneten der Grünen am 18. Januar im Düsseldorfer Landtag ein. Zudem ging es bei dem Gespräch um Investitionsmöglichkeiten in Klimaschutzmaßnahmen für gemeinnützige Träger. Wie kann es gelingen, die zahlreichen Dächer von gemeinnützigen Einrichtungen mit Photovoltaik auszurüsten?

Auch der Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit – insbesondere die Situation in den Kitas – erfordere Antworten von der Politik, aber auch von den Trägern. Einig waren beide Seiten beim Thema des Offenen Ganztags dahingehend, dass an der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz unbedingt festzuhalten sei. ⬅

25 Jahre Hilfsaktion Lichtblicke

Was für ein Erfolg! Seit 25 Jahren helfen die Lokalradios und Radio NRW gemeinsam mit Caritas und Diakonie in der Aktion Lichtblicke Kindern und Familien in Not! 91 Millionen Euro haben die Hörerinnen und Hörer in dieser Zeit gespendet, über 260 000 Kindern und ihren Familien haben sie damit wieder ein Lachen geschenkt.

Einmal im Jahr dreht sich im Programm der Lokalradios in NRW alles um die gute Sache. Sie feiern ihren großen Lichtblicke-Spendentag und rufen ganztägig zu Spenden für die gemeinsame Aktion Lichtblicke auf. „Vom geschlachteten Sparschwein des neunjährigen Kevin, der 6,53 Euro spendet, bis hin zu großen Spendengalas wie zuletzt beim 70. Geburtstag von Günter Pohl, wo mehr als 100.000 Euro gesammelt wurden - jeder Euro hilft“, sagte Lichtblicke-Vorsitzender Dr. Frank J. Hensel bei einer kleinen Ansprache am großen Lichtblicke-Spendentag kurz vor Weihnachten. Doch nicht nur Spenden helfen: Ob Plätzchenbacken in der Kita, Basteln in der Schule oder Verkäufe von Lebensmitteln oder Dienstleistungen - viele Menschen lassen sich richtig was einfallen, um Spenden einzuwerben.

Passend zum 25. Jubiläum der Hilfsaktion für in Not geratene Kinder und Jugendliche in NRW legten sich die Hörerinnen und Hörer 2023 wieder mächtig ins Zeug und spendeten viele kleine und große Beträge für die gute Sache. Über 3,4 Millionen Euro sind bereits wieder zusammengekommen.

Dank an den Spendenbeirat

Lichtblicke-Vorsitzender Hensel dankte auch dem Spendenbeirat, der monatlich zusammenkommt und prüft und abwägt und abstimmt, ob eine Förderung auch gerechtfertigt ist. Und einen besonderen Applaus gab es für das Lichtblicke-Team, das die mühevollen Kleinarbeit macht, die Datenbank füttert, die Sitzungen vor- und nachbereitet, die Sonderaktionen koordiniert.

Mehr als 60 000 Hilfsanträge wurden seit 1998 entschieden. 2023 wurden für Einzelfallhilfen, institutionelle Förderungen sowie Leuchtturmprojekte bisher knapp zwei Millionen Euro ausgegeben. Hierin enthalten waren auch Projekte aus der Aktion „Das große Danke!“. Mit dieser Sonderaktion bedankt sich Lichtblicke bei den vielen Unterstützern, die sich für die



Hilfsaktion zum Teil seit vielen Jahren engagieren. Jedes der 45 Lokalradios in NRW konnte 25.000 Euro für soziale Projekte vor Ort ausloben, bei denen benachteiligte Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt stehen. Vereine, (caritative) Verbände, soziale Einrichtungen, Jugendtreffs, Elterninitiativen oder Nachbarschaftshilfen mit Sitz in NRW waren von Ostern bis Mitte November aufgerufen, sich mit ihren Ideen bei ihrem Lokalradio um finanzielle Mittel für ihre sozialen Vorhaben zu bewerben.

Mildtätig shoppen

Wer nicht nur spenden, sondern auch shoppen möchte, auch für die oder den ist der Lichtblicke-Shop weiterhin rund um die Uhr geöffnet. Dort kann man zum Jubiläum gleich zwei neue Editionen der beliebten O-Euro-Scheine käuflich erwerben - ein hochkarätiges Doppelpack sozusagen. Für den guten Zweck haben sich Herbert Grönemeyer und Atze Schröder jubiläumstreu ins Zeug gelegt. Herausgekommen sind die beiden Jubiläums-Editionen mit den Motiven „DAS IST LOS“ und „DER ERLÖSER“. Sie sind die Scheine Nummer 5 und 6 in der Serie aller bisherigen Star-Editionen und ein absolutes Muss für jeden O-Euro-Schein-Fan.

Auch wenn schon eine beachtliche Summe zusammengekommen ist, freut sich die Aktion Lichtblicke weiterhin über jede kleine und große Spende. Informationen zu den Spendenmöglichkeiten finden Interessierte auf der Homepage. Hier gelangt man auch zum Shop, um die O-Euro-Scheine zu erwerben. ↻

🏠 www.lichtblicke.de



Foto: Roland Sobolewski

BUNDESTEILHABEGESETZ

Trägerinfo über schwierige Verhandlungen

Über extrem schwierige Verhandlungen in der aktuellen Phase der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) berichteten die Expert*innen der Caritas in NRW in zwei Veranstaltungen mit den Trägern der Eingliederungshilfe. Nur noch bis Ende 2025 gelten die Übergangsregelungen für die besonderen Wohnformen und die bisherigen ambulanten Angebote in der Eingliederungshilfe. Bereits beim 2019 mühsam erreichten Abschluss des Landesrahmenvertrages war klar, dass für eine reibungslose Umstellung auf das neue Leistungs- und Vergütungssystem Vereinbarungen präzisiert werden müssen. Inzwischen konnten in der Gemeinsamen Kommission, in der die Wohlfahrtsverbände mit den kommunalen Spitzen und den Landschaftsverbänden die Umsetzung des BTHG verhandeln, mehr als 40 weitere Beschlüsse zur Sozialen Teilhabe gefasst werden. Das allerdings ist nur etwa die Hälfte der zu treffenden Vereinbarungen. Davon betroffen sind in NRW mehr als 80 000 Menschen mit Behinderung. ↻

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Caritasverband für das Bistum Essen e. V.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfoto: Deutscher Caritasverband

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH,

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

anzeigen@bonifatius.de

ISSN 1611-3527